

Frauen und Mädchen in den Entwicklungsländern müssen stärker gefördert werden

Frauen und Mädchen in den Entwicklungsländern werden immer noch sozial und wirtschaftlich benachteiligt und sind stärker von Armut und sozialer Exklusion betroffen. Sie sind besonders bedroht von häuslicher Gewalt oder werden systematisch in Kriegen vergewaltigt missbraucht. Darüber hinaus ist in Afrika die Müttersterblichkeitsrate noch sehr hoch, weil Frauen keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Darüber hinaus haben die Mädchen in der Regel eine niedrigere Schulausbildung als die Jungen.¹ Das führt dazu, dass sie auch später auf dem Arbeitsmarkt unterrepräsentiert sind.

Dabei bilden sie mindestens 50 Prozent der Bevölkerung und haben starkes Potenzial für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des einzelnen Landes. Es ist daher notwendig, sie zu stärken. Die Konvention der Vereinten Nationen zur Beseitigung von allen Formen der Diskriminierung gegen Frauen (CEDAW)², die im Jahre 1979 von der UN Generalversammlung angenommen worden ist, gilt bis heute als die "Bill of Rights" für Frauen.

Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2000 insgesamt acht Millenniums-Entwicklungsziele verabschiedet und wiederholen dies in diesem Jahr der Entwicklung 2015 neue sogenannte Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (engl. Sustainable Development Goals, SDG's). Zwei der acht Ziele der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 richteten sich besonders an die Stärkung von Frauen und Mädchen. Das eine Ziel war, die Bildungssituation der Mädchen auf allen Ebenen zu verbessern, bzw. anzugleichen. Das andere Ziel war die Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Müttern, darunter die Senkung der Sterblichkeit von Müttern und ein besserer Zugang zu reproduktiver Gesundheit. Eines der Ziele der SGD's von 2015 greift die oben genannten Ziele aus 2000 wieder auf und soll bis 2030 zu Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen in den Entwicklungsländern führen.

¹ See: Manuel Manrique Gil: The European Year for development: Education. Policy Department, Directorate-General for External Policies & European Parliamentary Research Service, 12.2.2015, p.2

² <http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/cedaw.htm> (1.7.2015)

Was hat sich bisher getan?

Die Bildungssituation von Frauen und Mädchen hat sich in einigen Regionen der Welt leicht verbessert. Die Alphabetisierungsrate von Mädchen hat sich zum Beispiel in Nordafrika in den Jahren von 2009 bis 2011 von 57 Prozent auf 86 Prozent erhöht. Im Vergleich dazu hat sich die Alphabetisierungsrate von Jungen von 77 Prozent auf 93 Prozent erhöht. In Subsahara-Afrika lag die Alphabetisierungsrate von Mädchen im Jahre 2011 bei 65 Prozent (bei Jungen bei 75 Prozent).³ Dies zeigt, dass trotz der gestiegenen Alphabetisierungsrate immer noch weniger Mädchen als Jungen lesen und schreiben können.

Bei dem Zugang zu einem Gesundheitssystem gibt es ebenfalls noch Nachholbedarf. Jährlich werden 79 000 Fälle von Müttersterblichkeit in den Entwicklungsländern gemeldet. Die Dunkelziffer kann viel höher sein. Darüber hinaus gibt es 1,1 Millionen Fälle von Kindersterblichkeit, 7 Millionen Fehlgeburten und 16 Millionen gefährliche Abtreibungen, die vermieden werden könnten, weil Frauen in den Entwicklungsländern während ihrer Schwangerschaft keinen Zugang zu Beratung und Gesundheitsversorgung haben. Darüber hinaus könnten auch 21 Millionen ungeplante Geburten und 46 Millionen ungewollte Schwangerschaften in den Entwicklungsländern verhindert werden, hätten die Frauen und Mädchen Zugang zu Verhütungsmitteln und ausreichender Beratung.⁴ Dabei würde eine höhere Investition in die Gesundheitssysteme und vor allem in die bessere Gesundheitsversorgung von Mädchen und Frauen sich enorm auswirken.

Wie hängen Gesundheit und Bildung von Frauen und Mädchen zusammen?

Eine bessere Aufklärung von (nicht nur) Frauen und Mädchen und Bereitstellung von modernen Verhütungsmethoden kann ungewollte Schwangerschaften bei minderjährigen Mädchen vermeiden und damit auch ihren Bildungsstand verbessern. Denn einmal ungewollt schwanger, ist in einigen Kulturen, bzw. Ländern das Mädchen gebrandmarkt und verlässt die Schule. Dadurch ist sie nach der Geburt des Kindes sowohl wirtschaftlich als auch sozial ausgegrenzt.

Aber natürlich führen auch andere Faktoren dazu, dass Mädchen frühzeitig die Schule abbrechen. So entscheiden traditionelle Familien in Afrika oder Asien, eher in die Ausbildung des Sohnes als in die der Tochter zu investieren. Im weltweiten Vergleich haben weniger als 25 Prozent der Frauen in Subsahara-Afrika eine Sekundarschulbildung.⁵

³ Manuel Manrique Gil: The European Year for development: Education. Policy Department, Directorate-General for External Policies & European Parliamentary Research Service, 12.2.2015, p.2

⁴ Quelle: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)

⁵ Lerch, Marika: The European Year for development: Women and girls. Policy Department, Directorate-General for External Policies & European Parliamentary Research Service, 23.2.2015, p.3



Dabei haben Frauen gerade in den Entwicklungsländern sehr großes Potenzial. Werden sie wirtschaftlich gefördert - wie zum Beispiel durch Mikrokredite - und dabei gebildet, können sie einen großen wirtschaftlichen Beitrag zu ihrer Kommune beitragen. Es gibt bereits viele Beispiele, dass Frauen durch Mikrokredite ihr eigenes Geschäft eröffnen konnten, wirtschaftlich unabhängig wurden und so auch zum Vorbild für andere Frauen und Mädchen wurden.

Die Entwicklungspolitik sollte diese Zusammenhänge stärker in den Entwicklungszusammenarbeit-Programmen und ihrer Arbeit abbilden und berücksichtigen. Denn in Frauen und Mädchen liegt besonders großes und noch zu wenig genutztes Potenzial, was - kohärent betrachtet - einen enormen Beitrag zu der Entwicklung der Gesellschaften vor Ort leisten kann. So werden die Frauen nicht nur von außen gefördert, sondern können aus eigener Kraft selbstständig und unabhängig werden.

Darüber hinaus führt dies alles auch dazu, dass Frauen in den Entwicklungsländern präsenter im politischen und öffentlichen Leben werden, mitbestimmen können und so auch zu progressiveren Rollenbildern in der Gesellschaft beitragen.

Autor

Arne Lietz ist seit 2014 Abgeordneter des Europäischen Parlaments für Sachsen-Anhalt und ist Mitglied der S&D, der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten. Er ist Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, des Entwicklungsausschusses sowie stellvertretendes Mitglied des Unterausschusses Menschenrechte.

Weitere Informationen: www.arne-lietz.de

Kontakt: arne.lietz@europarl.europa.eu

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de